

Kriegsgesetz.

Die Erörterungen über den Preiswucher auf dem Lebensmittelmarkt dauern in der reichsdeutschen Presse mit ungeminderter Schärfe fort. Wie kürzlich an dieser Stelle bereits hervorgehoben wurde, ist es besonders bemerkenswert, daß gerade die der Reichsregierung nächstehenden Organe in diesem Preßfeldzug die führende Stimme haben. Da also die Kritik nicht bloß von oppositioneller Seite einsetzt, nicht den Zweck hat, der Regierung Verlegenheiten zu bereiten, sondern im Gegenteil von den höchsten Amtsstellen gewünscht und angeeifert wird, so ist es wohl offenbar, daß in Deutschland nunmehr von Amts wegen gegen den Lebensmittelwucher ernsthaft eingeschritten werden soll und daß entschiedene Maßregeln in dieser Richtung bevorstehen. Bekanntlich hat der namhafte Physiologe Prof. Rubner in einem Vortrag über die deutsche Volksernährung, den er kürzlich im Kaiser Wilhelm-Institut hielt, die Stellung des gesamten deutschen Ernährungswesens unter Militärdiktatur angeregt. Aus einem Artikel der Kölnischen Zeitung, der sich mit dieser Anregung beschäftigt, scheint hervorzugehen, daß in der Tat etwas Ähnliches geplant ist; allerdings nicht in der radikalen Weise, daß etwa die Militärbehörden auch die

Verordnungsgewalt auf diesem Gebiete an sich ziehen, wohl aber in der gemäßigteren Form, daß die Militärbehörden den Zivilbehörden ihre Unterstützung leihen, um eine wirksame Durchführung der bestehenden Verordnungen zu sichern. Und das ist eben der springende Punkt bei der Sache. An gutgemeinten Verordnungen, an strengen Strafandrohungen zum Schutze des Publikums fehlt es ja nirgends. Woran es fehlt, das ist nur der ausführende Arm. Die staatlichen und städtischen Verwaltungsämter leiden jetzt in Deutschland — ebenso wie anderwärts — an Personalmangel, da alle dienstfähigen Männer einberufen sind. Die Aufgaben der Verwaltung aber haben sich verzehnfacht, und insbesondere die organisatorischen Schwierigkeiten der Nahrungsmittelversorgung sind es, die eine große Zahl überwachender und ausführender Organe verlangen. Diese tausend Hände, die der Zivilverwaltung mangeln, die Militärverwaltung hat sie zur Verfügung. Und sie scheint, wie das zitierte Blatt ankündigt, in Deutschland jetzt wirklich entschlossen, ihre Hilfskräfte gegen den gefährlichsten inneren Feind, gegen den Preiswucher, zu mobilisieren.

Man muß bei den unleidlichen Verhältnissen, wie sie sich auf dem Lebensmittelmarkt entwickelt haben und selbst im Organ des deutschen Reichskanzlers als „Preistreiberien von mitunter unerhörtem Umfang“ gekennzeichnet werden, zwei Dinge wohl unterscheiden: erstens die hohen Preise, die nur die letzte, sichtbare Erscheinung des Wuchers sind, und zweitens die geschäftlichen Vorbereitungen, die sich unsichtbar hinter den Kulissen vollziehen und eben das hinauftreiben der Preise systematisch erwirken. Es ist klar, daß eine behördliche Überwachung und Ahndung, die an dem Ende eingreift, wo der hohe Preis zum Vorschein gelangt, dem Uebel nicht beikommen kann. Um ihm beizukommen, muß man es an der Wurzel fassen; das heißt, in den verborgenen Kammern des Wirtschaftslebens, wo die künstlichen Schiebungen der Vorräte, deren Aufkaufen und Zurückhalten, sowie das gewalttätige Auseinanderreißen von Angebot und Nachfrage veranstaltet werden. In dieses dunkle Gebiet der Kriegswirtschaft muß die Staatsgewalt einmal scharf hineinleuchten und kräftig hineinschlagen mit allen Nachtmitteln, die ihr in der Kriegszeit zu Gebote

stehen. Nicht dort, wo der hohe Preis fertig auf die Tafel springt, sondern dort, wo er allmählich addiert und multipliziert wird, dort sind die Preistreiber zu suchen und zu packen. Es ist durchaus keine Uebertreibung, sondern entspricht nur der allgemeinen Volksempfindung, wenn die Kölnische Zeitung den Lebensmittelwucher ein Verbrechen nennt, das „heutzutage hart an Landesverrat grenzt“. Wer in der belagerten Festung die Bevölkerung durch maßloses Ausnützen einer sogenannten Kriegskonjunktur physisch und seelisch bedrängt, der fällt den Verteidigern in den Rücken. Wenn angesehenere deutsche Blätter, die eine gemäßigte Politik und große Wirtschaftsinteressen vertreten, eine so nachdrückliche Sprache führen, so deutet das unverkennbar darauf hin, daß die Reichsregierung in den so scharf gerügten Zuständen Wandel schaffen will — wenn nötig, mit Hilfe der Militärgewalt. Der Krieg hat seine eigenen Gesetze, und der Lebensmittelwucher gehört unter das Kriegsgesetz.